

Willi Eichler

**Grundwerte und
Grundforderungen im
Godesberger Grundsatz-
programm der SPD**

Beitrag zu einem Kommentar

7 A60877

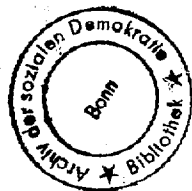
WILLI EICHLER

Grundwerte und Grundforderungen
im Godesberger Grundsatzprogramm
der SPD

Beitrag zu einem Kommentar

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn

Inv.-Nr.: 33 539



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 9. 62
Druck: Neuer Vorwärts-Verlag Ahtig, Bonn-Druck

AC0877

Vorwort

Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das von ihrem Parteitag in Bad Godesberg am 15. November 1959 fast einstimmig angenommen wurde, ist in der Öffentlichkeit ungewöhnlich stark beachtet worden. Es fand Zustimmung und Kritik, was bei der neuen Zielbestimmung und Willenserklärung einer politischen Partei von der Bedeutung der Sozialdemokratie zu erwarten war. Die um das Programm einsetzende lebhafteste Diskussion zeigte jedoch, daß es nicht durchweg Mißverständnisse unmöglich gemacht und Unklarheiten beseitigt hatte. Auch dies ist nicht erstaunlich, denn ein kurzgefaßtes Dokument wie dieses muß manche Fragen, auch wichtige, offenlassen. Auf einige der wesentlichen einzugehen, ist Zweck der folgenden Ausführungen, die eine etwas erweiterte Rede wiedergeben, die auf Einladung der Rabanus-Maurus-Akademie in Königstein im Taunus gehalten wurde. Sie erklärt Sinn und Herkunft der Grundwerte, auf denen das Programm ruht und von denen es seine Grundforderungen herleitet. Auch diese Ausführungen sind, wie alle kommentierenden Erläuterungen des Programms, ein Beitrag zum Verständnis und zur Diskussion sozialdemokratischer Zielsetzung und Politik.

Willi Eichler

20. Januar 1962

Meine Aufgabe ist es, über die Vorstellungen zu unterrichten, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem Godesberger Programm der Öffentlichkeit unterbreitet hat, und sie so zu interpretieren, daß sie mindestens vor Mißverständnissen geschützt sind. Schon damit wäre ein großes Hemmnis in den Erörterungen über ihren sachlichen Gehalt ausgeräumt. Diese Aufgabe sehe ich also darin, die Absichten dieses Programms so darzulegen, wie sie sich aus der Diskussion in den langen Jahren programmatischer Entwicklung geformt und wie der Godesberger und der Hannoveraner Parteitag sie bestätigt haben. Diese weitgehend historische Darstellung bedeutet dabei keineswegs eine zeitgebundene Relativierung der Grundwerte und Grundforderungen der Sozialdemokratischen Partei. Sie fühlt sich in ihrem Gewissen an das gebunden, was sie der Öffentlichkeit gegenüber als die sie leitenden Grundwerte genannt hat, zu denen sie sich bekennt.

Ich glaube, meiner Aufgabe am besten gerecht zu werden, wenn ich die sozialistischen Ziele und Aufgaben so herausarbeite, wie sie sich aus der über hundertjährigen Arbeit der sozialistischen Bewegung entwickelt haben. Ich glaube, dabei am besten zeigen zu können, daß hier, wie so oft, der Weg über manche Irrtümer zur Klärung geführt hat und daß wir an einer Stelle dieser Entwicklung angelangt sind, wo das jetzt gewonnene Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus den Weg freigemacht hat für Gespräche, nicht für wechselseitige Monologe, zwischen Vertretern des demokratischen Sozialismus und, um ein Wort *Schleiermachers* abzuwandeln, den Gebildeten unter seinen bisherigen Verächtern.

Grundsatzprogramm ist kein Wahlprogramm

Mit ihrem Grundsatzprogramm, das 1959 in Godesberg mit 324 gegen 16 Stimmen angenommen wurde, hat es sich die Sozialdemokratische Partei nicht leicht gemacht. Schon bald nach dem Ende des Krieges begannen Erörterungen darüber, wie weit unter den veränderten geschichtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und weltpolitischen Bedingungen auch die Sozialisten genötigt seien, ihre programmatischen Vorstellungen über die Gestaltung der Gesellschaft gründlich zu überprüfen und vielleicht zu korrigieren. Aber die vordringlichen Aufgaben, die sich aus dem Zusammenbruch ergaben: die Wirtschaft neu aufzubauen, Arbeitsplätze, Nahrung und Wohnung für Millionen von Menschen zu beschaffen, die kommunistischen Herrschaftsansprüche abzuwehren, die Spaltung Deutschlands nicht verewigen zu lassen — all dies hat zunächst alle Kräfte der Partei in Anspruch genommen. Und grundsätzliche Überlegungen, die sich natürlich aufdrängten, hatten zunächst nur ihren Niederschlag gefunden in Richtlinien, die für die aktuellen Aufgaben in der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Verfassungs- und Kommunalpolitik, der Schul- und Kulturpolitik einheitliche Regeln gaben.

Das Bedürfnis nach einem neuen Programm war gestärkt worden durch die Neugründung der Sozialistischen Internationale im Juli 1951, die in ihrem Manifest über „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ eine Bilanz zog über gemeinsame Erfahrungen und Zielvorstellungen demokratischer Sozialisten der ganzen Welt. Im Anschluß an diese Erklärung wurde in der SPD nach längeren Beratungen auf dem Dortmunder Parteitag (1952) ein Aktionsprogramm verabschiedet, das im Jahre 1954 auf dem Berliner Parteitag durch eine Präambel ergänzt wurde, deren Formulierungen bereits den Kern eines Grundsatzprogramms enthielten. Der Berliner Parteitag beauftragte dann den Parteivorstand, eine Programmkommission einzusetzen, die einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm ausarbeiten sollte. Diese Kommission bestand aus 34 Mitgliedern. Ich selber wurde mit der Federführung in dieser Kommission beauftragt. Der Entwurf dieser Kommission wurde dem Stuttgarter Parteitag (Mai 1958) vorgelegt. Es wurde beschlossen, diesen Entwurf in der Mitgliedschaft zu diskutieren und auf einem außerordentlichen Parteitag zu verabschieden. Das geschah dann vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg.

Diese Darstellung sollte genügen, um zu zeigen, daß die SPD nicht unter dem Einfluß irgendeiner kurzfristigen Panikstimmung gestanden hat, als

sie ihr neues Grundsatzprogramm beriet. Dieses Programm ist also nicht, wie oft behauptet wurde, ein Wahlprogramm. Wenn man allerdings meint, der SPD vorwerfen zu sollen, sie strebe nach der politischen Macht, so bekennen wir uns dessen schuldig. Allerdings wissen wir nicht, wie man eine politische Partei ernst nehmen könnte, die auf politische Macht verzichtet. Diese Macht wollen wir nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Verwirklichung der Ziele, die wir der Öffentlichkeit unterbreitet haben.

Nicht umwerten, sondern ernstnehmen

Gerade weil die Kommission vermeiden wollte, neue Erfahrungen vor-eilig zu verallgemeinern und weil sie die Verantwortung fühlte, die ihr auch durch die gewachsenen Überzeugungen innerhalb der sozialistischen Bewegung auferlegt war, hat sie sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Es hat sich herausgestellt, um dies vorwegzunehmen, daß die Zukunft des demokratischen Sozialismus nicht ohne seine tragenden Werte gedacht werden kann, daß diese Werte nicht „entwertet“ sind, auch nicht der „Umwertung“ bedürfen, sondern daß es darauf ankommt, ihnen den gebührenden Platz in unserer Programmatik zuzuweisen und Wege zu suchen, wie wir sie am nachdrücklichsten verwirklichen können.

Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in allen Teilen nicht nur Deutschlands, sondern praktisch der ganzen Welt eine lebhafte Resonanz gefunden. Es ist u. a. sofort ins Englische, Französische, Spanische, Japanische und Finnische übersetzt worden — und ermutigend ist, wie sehr man begrüßt, daß in dem neuen Programm geschichtliche Erfahrungen und wissenschaftliche Ergebnisse nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern so verarbeitet sind, daß sie den Gestaltungswillen und die politischen Zielvorstellungen einer demokratisch-sozialistischen Partei klar erkennen lassen.

Es wird manche verwundern, wenn ich sage, daß das Neue im Godesberger Programm nicht so sehr das Ziel des Sozialismus berührt, als vielmehr die Wege zu ihm. Das Ziel des Sozialismus war, allerdings mehr oder weniger klar ausgesprochen, immer das gleiche: Der Sozialismus war immer ein Protest gegen die Vergewaltigung des Menschen, seiner Freiheit und der Gerechtigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Und neben diesem Protest lebt in ihm der Glaube und die Zuversicht an die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die

jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten und auf diese Weise beizutragen zu einem kulturell erfüllten Leben, an dem alle Menschen teilhaben können.

Der Versuch der Französischen Revolution

Wenn das so ist, warum hat es dann durch die Jahrzehnte hindurch Auseinandersetzungen gegeben, die wir alle noch kennen und die dieses Ziel oft in den Hintergrund der Auseinandersetzungen gedrängt haben? Die Erklärung dieser Tatsache macht es nötig, auf die Vergangenheit einen Rückblick zu werfen, wodurch der Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft hinein um so ungetrübt sein wird. Die Entwicklung der modernen Naturwissenschaft und der ihr folgenden Technik am Ende des Mittelalters hatte nicht nur das physikalische Weltbild völlig verändert, indem die physikalische Welt sich in ihrer Gesetzmäßigkeit dem Menschengestalt öffnete, dem sie nun als ein nicht weniger großartiges, wohl aber durchsichtiges und berechenbares Ereignis erschien. Aber auch das Menschenbild und das Bild von der Gesellschaft änderten sich. Der Mensch begriff sich als ein Wesen, dessen Wert, dessen Würde sich nur in seiner Freiheit verwirklichen kann, sein Leben und das miteinander der Menschen im gesellschaftlichen Zusammenleben selbständig zu gestalten. Solidarität und Nächstenliebe in der Anerkennung der Gleichheit der Würde aller, die Menschenanzahl zu tragen, sollten die tragenden Grundpfeiler dieser neuen Ordnung sein.

Die Postulierung dieser Werte fiel in eine Zeit, die noch getragen war von der Vorstellung, daß die Philosophie nicht nur die Gedanken und den Geist der Menschen anregen und befruchten sollte, sondern daß sie dem verantwortlichen Handeln der Menschen die Richtung weisen sollten. Und damit begann der großangelegte Versuch der Französischen Revolution, die neuen Ideen der Gleichheit, der Freiheit und der Brüderlichkeit politisch-gesellschaftlich zu verwirklichen. Die Gleichheit wurde gesehen in der Demokratie. Jeder sollte am Staatsgeschehen verantwortlich beteiligt sein, jede Stimme sollte gleichwertig in die große Entscheidung eingehen. Freiheit bedeutete die Beseitigung der ständischen Vorrechte, den gleichberechtigten Aufstieg des Dritten Standes, des Bürgertums. In der Wirtschaft bedeutete die Freiheit Gewerbefreiheit und das Recht des Arbeiters auf den freien Arbeitsvertrag, das heißt auf sein Recht, seine Arbeitskraft nur da anzubieten, wo er es für richtig hielt. Im Rechtswesen schließlich wurde der Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz verkündet.

Der Prozeß der Industrialisierung

Damit schienen die Weichen in die Zukunft der Freiheit des Menschen in einer menschenwürdig geordneten Gesellschaft richtig gestellt. Was bei diesem Versuch herauskam, war fast das Gegenteil dessen, was man erwartet hatte. Gleichzeitig mit der Französischen Revolution und sie vielfältig durchkreuzend, war der Prozeß der *Industrialisierung* in Gang gekommen, der unter der Ausnutzung immer zunehmender Arbeitsteilung und der Verwendung der modernen Technik, insbesondere der Dampfkraft, die Produktivität der menschlichen Arbeit ungeheuer gesteigert hat. Da der Aufbau der neuen Produktionsmittel ohne Konsumverzicht der Massen nicht zu erreichen war, und da andererseits eine ungeheure Zahl von Arbeitern faktisch genötigt war, die Produktionsmittel für die Sicherung ihres eigenen Lebensunterhalts zu benutzen, waren die Besitzer dieser Produktionsmittel die Herren der Wirtschaft und der Lebensbedingungen. Die Ausbeutung des arbeitenden Menschen, die sich unter diesen Verhältnissen vollzog, war um so unerträglich, als sie geradezu institutionell war in einer Gesellschaftsordnung, die dem liberalistischen Vorurteil, das als Ideal der Freiheit auftrat, huldigte: die größte Freiheit für alle sei durch das „freie Spiel der Kräfte“ zu erreichen.

Da in diesem „Spiel“ die Besitzer der Produktionsmittel immer den längeren Atem haben, waren sie denen, die keine Produktionsmittel hatten, immer an Macht und also auch an Freiheit ihrer Interessenbefriedigung voraus. Die unbeschränkte Freiheit entpuppte sich als die Freiheit, den Schwächeren die Arbeits- und Lebensbedingungen diktieren zu können. Was dabei herauskam, kann man heute noch mit Nutzen, wenn auch mit Grausen nachlesen in dem Buch von Friedrich Engels über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ (1845). Wir erfahren darin, daß Kinder und Männer und Frauen unendlich lange arbeiten mußten und daß dabei die Menschen und die Familien nicht nur physisch, sondern auch moralisch herunterkamen.

Genau in diese Zeit hinein wurde der moderne Sozialismus geboren. 1848 erscheint, von Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben, das „Manifest der Kommunistischen Partei“.

Auf den gesellschaftlichen Tatbestand der Verelendung der Arbeiterschaft baute die sozialistische Kritik auf. Ihr ging es letztlich immer um die Gleichheit der Würde aller, um eine Grundüberzeugung, der von der frühen Christenheit mit unerhörter Konsequenz nachgelebt wurde, der aber die spätere Gesellschaft nicht entsprach, die zwar an der Gleich-

heit aller Menschen vor Gott festhielt, diese Gleichheit aber für das gesellschaftliche Zusammenleben nicht gelten ließ. Die Gleichheit der Würde aller Menschen galt auch den großen Humanisten als Sinnbild des Menschen und sie ist auch Bestandteil der klassischen Philosophie, nach der kein Mensch jemals als Mittel zum Zweck eines andern behandelt werden darf. Alle diese Grund-Überzeugungen haben den Geist der demokratischen Sozialisten mitgeformt.

Freiheit und Gleichheit

Die Ablehnung der Fremdbestimmung, der „Selbstentfremdung“ des Menschen führt zur Forderung der Freiheit auf *Selbstbestimmung*, damit er sich seiner Würde gemäß als Persönlichkeit entfalten und seinem Leben den ihm eigenen Wert geben kann. Freiheit in diesem Sinne kann also nur heißen: Freiheit für *alle* und für jeden einzelnen — und an dieser allgemeinen Forderung schien sich der Wert der Freiheit selber ad absurdum zu führen. Wenn nämlich die Freiheit absolut gesetzt wird, als bloßer *Ausschluß von Beschränkungen* aller Art — so hatte der Liberalismus den Freiheitsbegriff zunächst entwickelt —, dann wird damit klar, daß *jeder* seinen *eigenen* Interessen ungestört folgen können mußte. Aber ebenso unvermeidlich müssen die Menschen mit ihren verschiedenen Interessen dauernd in Widerstreit mit anderen, ja mit sich selber geraten. Insofern hatte Ludwig Börne recht, der bei solcher Auslegung des Freiheitsbegriffes schrieb: Volle Freiheit könne immer nur *Einer* haben; denn schon zwei Menschen mit voller Freiheit könne es *nicht* geben. Mit der gleichen Begründung hielt Goethe das Versprechen, Gleichheit und Freiheit *zusammen* zu verwirklichen, für eine „Torheit oder eine Charlatanerie“; entweder ginge die Verwirklichung der Gleichheit auf Kosten der Freiheit — oder umgekehrt.

Dieser Widerspruch zieht sich durch die Auseinandersetzung der Jahrhunderte. Er löst sich auf, wenn man die doktrinaire Verabsolutierung der Gleichheit und Freiheit aufgibt. Dann verwirklicht sich die *Gleichheit der Würde* aller Menschen in der *Gleichheit der Chancen* für alle, in Freiheit ihr Leben persönlich, kulturell, wirtschaftlich und politisch zu gestalten. Das aber heißt praktisch: jeder muß die *gleiche Chance* erhalten, zu Bildung und Wohlstand zu gelangen und das Schicksal des Staates und der Gesellschaft gleichberechtigt mitzugestalten. Dieser Maßstab der Gleichheit, der die Freiheit des einzelnen auf einen *würdigen* Gebrauch einschränkt, nämlich auf die praktische Anerkennung der gleichen Freiheit auch für die *anderen*, ist der Maßstab des Rechts, der

Gerechtigkeit. Ohne solche Gerechtigkeit entartet Freiheit zur Willkür des Stärkeren — ohne persönliche Freiheit entartet Gleichheit zur „Gleichmacherei“ — beides führt zur Vergewaltigung des Menschen. Deshalb heißt es im neuen Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechts aller Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft nach ihren Fähigkeiten mitzuwirken.“

Damit sind die „Grundwerte des demokratischen Sozialismus“ dargestellt, denen das neue Grundsatzprogramm im Aufbau seiner konkreten „Anforderungen an eine menschenwürdige Gesellschaft“ folgt, die für ihn die sozialistische ist. Damit steht die SPD nicht allein. In der Erklärung der Sozialistischen Internationalen vom 3. Juli 1951 heißt es: „Der demokratische Sozialismus bekämpft den Kapitalismus ..., weil er das sittliche Empfinden verletzt. Er verwirft jedes totalitäre System, weil es die Würde des Menschen schändet.“

Diskreditierte Ideale

Neu ist an dem Grundsatzprogramm hinsichtlich seiner Zielvorstellung, daß dieses Ziel in der Darstellung der die sozialistische Bewegung tragenden Grundwerte ausdrücklich formuliert und, wohin es gehört, an den *Anfang* des Programms gestellt wurde.

Daß eine so eindeutige Zielbestimmung nicht von Anfang an die sozialistische Programmatik einleitete, hat viele Gründe, denen *allen* nachzugehen, hier zu weit führen würde. Ein wesentlicher Grund war die hoffnungslose *Diskreditierung* des Freiheitsbegriffes durch die kapitalistische Art der Kapitalakkumulation. Jeder hatte danach die „Freiheit“, sich Produktionsmittel zu erwerben; wie er zu Geld kommen sollte, das zu tun, blieb unerörtert. Wer kein Geld hatte, bewies damit seine „Unfähigkeit“, in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und dem Gütermarkt seinen Mann zu stehen. Ja man hat sogar versucht, diese seine Fehlschläge als ein Zeichen dafür anzusehen, daß Gottes Gnade nicht mit ihm war.

Der Begriff der *Gleichheit* war nicht weniger diskreditiert, weil er weitgehend nur formal angewandt wurde. Anatole France hat diesen pharisaisch angewandten Begriff der Gleichheit gekennzeichnet in dem

bekannten Ausspruch: „Die majestätische Gleichheit des Gesetzes verbietet sowohl Reichen wie Armen, Brot zu stehlen und unter Brücken zu nächtigen.“ Daß die Gleichheit der Würde des Menschen der Gesellschaft zur Pflicht machte, jedem die gleichen Chancen im Zugang zum Wohlstand zu öffnen, und damit Brotdiebstahl und Obdachlosigkeit aus der Welt zu schaffen, das blieb meist ebenso unerörtert.

Freiheit und Gleichheit, innerhalb der kapitalistischen Entwicklung weitgehend zu bloßen Schlagworten herabgesunken, schienen deshalb lange Zeit vielen Sozialisten als der Schlachtruf des Bürgertums, *seine* Freiheit und *seine* Gleichheit (mit dem Stande des Adels und der Geistlichkeit) zu erkämpfen — während die Arbeiterschaft, der Vierte Stand, mit solchen Werten nur betrogen werden sollte. In der Tat wurde sie betrogen, aber *dadurch*, daß sie bei der gesellschaftlichen Verwirklichung dieser Werte von der Teilnahme daran ausgeschlossen wurde, daß sie also an der Freiheit und Gleichheit keinen angemessenen Anteil hatte. *Darauf* aber kam es bei dem Kampf um ihre Befreiung an. Gerade die sozialistische Bewegung konnte im Grunde gar nicht auf diese Werte verzichten, da sie ohne den Impuls des Freiheits- und Gerechtigkeitswillens und ohne das solidarische Gefühl für alle Schwachen und Mißhandelten gar nicht zu denken war. Aber sie fühlte sich dabei im Stich gelassen — von den Bürgern, und auch von den Kirchen. Daher ihre Abwehrstellung auch gegenüber den Kirchen und schließlich weitgehend auch gegenüber der Religion. Dies als tragisch zu bezeichnen, wird kein ernsthafter Mensch sich weigern.

Die Bedeutung ethischer Werte wurde immer anerkannt. Aber das ausgesprochene Bekenntnis dazu findet sich in den Programmen selber immer nur an mehr oder weniger versteckter Stelle und in einzelnen eingestreuten Sätzen. So heißt es im „Kommunistischen Manifest“ (1848) ohne weitere Kennzeichnung der Einzelheiten der klassenlosen Gesellschaft:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Und im Erfurter Programm von 1891 findet sich der Satz: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands „bekämpft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“.

Dogmatisierter Geschichtsverlauf

Niemandem konnte also der zutiefst sittliche Charakter der sozialistischen Bewegung verborgen bleiben. Allerdings kam eine weitere große Hemmung hinzu, die die *ausgesprochene* Fundierung der sozialistischen Bewegung in ethischen Werten verhinderte. Diese Hemmung liegt im *Geschichtsbild* der marxistischen Lehre, die im Anschluß an Hegels Philosophie entwickelt wurde. Hegel versteht die Geschichte als das „*Sich-Selbst-Denken des Absoluten*“, als die Entwicklung der „Weltvernunft“, des Weltgeistes — als die *notwendige* Entwicklung der Ideen zur zunehmenden Vernünftigkeit im dialektischen Spiel von Synthese aus These und Antithese, — wobei die Abhängigkeit der *Besserung* der gesellschaftlichen Verhältnisse vom Planen und Tun der Menschen ganz in den Hintergrund gedrängt wurde. Sie hatten nur diesen Prozeß der Vernünftigerwerden zu begreifen — denn „alles Wirkliche ist vernünftig“ sagt Hegel. Marx imponierte die Hegelsche Methode — wenn auch nicht ihr Inhalt. Dem Hegelschen Idealismus setzte er seinen „Materialismus“ entgegen, der die Geschichte als die unvermeidliche dialektische Entwicklung von Klassenkämpfen sieht, die sich entzünden am Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Eigentumsverhältnisse. Dabei mündet der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in die klassenlose Gesellschaft — er führt zum „unvermeidlichen“ Sieg des Proletariats. Das Proletariat spielt dabei den Geburtshelfer: Die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen, sie hat nur die Elemente einer neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, mit der die alte bereits schwanger geht, — und diese neue Gesellschaft war die bereits erwähnte „freie Association“, die zusammen mit der Überwindung der Klassen auch den Staat überwand, der nach Marxscher Ansicht *nur* die Herrschaftsform einer Klasse über die andere war und also nach Beseitigung der Klassen seine Funktion verlor und nicht beseitigt zu werden brauchte, sondern „absterben“ würde.

Es kam also auf Werte als besondere Zielvorstellungen offenbar nicht mehr an, — diese Ziele lagen „in der Geschichte“. Deren „Prozeß“ galt es auch in dieser Auslegung nur zu begreifen und zu beschleunigen. Nach dem Erfurter Programm von 1891, das in seiner Einleitung zunächst den „Prozeß“ ganz in marxistischer Sicht beschreibt, war die allgemeine Sozialisierung der Produktionsmittel die in der Geschichte angelegte Bedingung für die Erreichung des sozialistischen Zieles, das aber auch in diesem Programm angesehen wird als „höchste Wohlfahrt und allseitige harmonische Vervollkommenung“.

Die Vertauschung von Weg und Ziel

Da das Ziel in der Geschichte vorgegeben zu sein schien, wurde mit der Zeit die Beschreibung des *Weges* zum Sozialismus das Entscheidende — wobei immer Freiheit, Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft am Ende dieses Weges mit Sicherheit *erwartet* wurden. Aber im Laufe der Zeit wurden einzelne Wege zum Ziel gleichgesetzt mit dem Ziel selber. Das zeigt sich in geradezu klassischer Weise am Beispiel der Sozialisierung, die Karl Kautsky in einer Broschüre: „Die Diktatur des Proletariats“ im Jahre 1918 erörterte. Kautsky schreibt dort:

„Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser (also der Sozialdemokraten!) Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse (Erfurter Programm).“ Hier wird also von Kautsky — und er war ja nicht irgendwer, er war der Programmatiker — der eigentliche und ursprüngliche Sinn des Sozialismus: die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung, als „Endziel“ ausgegeben, das hier *nicht* mehr als Sozialismus gilt. Was aber ist Sozialismus? Kautsky sagt dazu: „Würde uns nachgewiesen, daß ... die Befreiung des Proletariats und der Menschheit auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus (!) über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.“

Das heißt: Sozialisierung und Sozialismus sind bei Kautsky das gleiche. Und das war selbstverständlich nicht nur die Auffassung Kautskys. Man erwartete von der allgemeinen Sozialisierung der Produktionsmittel die Erreichung des „Endzieles“ — Freiheit und Gleichheit für alle, die ausbeutungsfreie Gesellschaft. Alles, was vor der allgemeinen Sozialisierung für die Besserung der gesellschaftlichen Verhältnisse getan werden konnte, wurde von vielen nur als mehr oder weniger bedeutsames Flickwerk angesehen.

Das neue Programm der SPD macht in dieser Frage eine klare Unterscheidung: Was Kautsky „Endziel“ nennt, ist *Ziel des Sozialismus*, was es vom Ursprung der sozialistischen Bewegung her immer gewesen war: die Verwirklichung der Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität — für alle. Die Sozialisierung von Produktionsmitteln bleibt eine erhebliche Frage, sie *kann* ein *Mittel* sein, dem sozialistischen Ziel näherzukommen. Ob sie das aber ist, das bleibt eine empirisch zu behan-

delnde Frage. Mit dieser Unterscheidung scheint uns die Diskussion um den Sozialismus *durchsichtig* geworden zu sein, mit ihr ist es möglich, zu erklären, was für Sozialisten unabdingbare Werte sind und wo sie andererseits auf den *Wegen* zum Sozialismus Kompromisse machen oder über verschiedene Bewertungen solcher Mittel und Wege mit Aussicht auf Erfolg streiten können!

Konzentrieren wir uns auf den Sozialismus selber, dann bleibt die *Frage*: Dient die allgemeine Sozialisierung der Produktionsmittel der Freiheit und der Gleichheit? Wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir *nicht*, wie Kautsky sagte, den „Sozialismus“ aufgeben, sondern die *Sozialisierung*.

Was die Einschätzung der Sozialisierung als eines *Mittels* zur Befreiung der arbeitenden Menschen angeht, so ist historisch sehr wohl zu verstehen, warum die Vergesellschaftung der Produktionsmittel so bedeutsam schien. Die *unkontrollierte* Macht der Produktionsmittelbesitzer ist in der Tat unvereinbar mit einer demokratischen Ordnung, die ja Freiheit und Menschenwürde schützen soll. Aber die Macht der Produktionsmittelbesitzer ist nicht mehr *unbeschränkt*. Die Gewerkschaften, voll anerkannt in ihren Rechten, stellen eine erhebliche *Gegenmacht* dar; die Politik der *Vollbeschäftigung* hat die „industrielle Reservearmee“ weitgehend demobilisiert, und die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in Betrieben und den überbetrieblichen Organen der Wirtschaft ist im Prinzip anerkannt und zum Teil verwirklicht (in der Kohle- und Eisenindustrie). Ein Arbeitsrecht und eine Sozialpolitik haben viele elementare Hilfsigkeiten des arbeitenden Menschen beseitigt. Seinem Anspruch auf Bildung wird mehr und mehr entsprochen, seine Befähigung, in besser bezahlte Stellen zu kommen und seine Möglichkeiten, am kulturellen Leben aktiv teilzunehmen, werden damit erhöht. Auf der anderen Seite soll die Kartellkontrolle ökonomisch nicht begründete Machtzusammenballungen der Industrie verhindern, kann die Öffentliche Hand, die heute mehr als ein Drittel des Sozialproduktes verwaltet, regelnd in den Wirtschaftsprozess eingreifen — durch Umverteilung der Einkommen, durch eigene Investitionen oder Investitionslenkung. Und schließlich hat die Wissenschaft Mittel und Wege ausfindig gemacht, die früher scheinbar unvermeidlichen Krisen mit ihren fürchterlichen Folgen für die Arbeiterschaft weitgehend zu verhindern. Endlich aber und letztlich: Das neue Programm erklärt *keineswegs*, daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum *kein* Mittel sozialistischer Politik sei. Das Programm sagt dazu:

„Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichten. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“

Das heißt, wie weit Gemeineigentum notwendig ist, bleibt eine Frage der Erfahrung. Neu ist, daß die allgemeine Sozialisierung nicht mehr *a priori* als Heilmittel für alle gesellschaftlichen Schäden, und vor allem nicht mehr als *Synonym für Sozialismus* gilt. Mehr oder weniger Sozialismus, diese Frage entscheidet sich nicht mehr nach der Zunahme sozialisierter Industrien, sondern nach der Erweiterung oder Verengung der Freiheitssphäre des Menschen und der Gerechtigkeit im menschlichen Miteinander.

Das Problem der Freiheit und Gerechtigkeit spitzt sich zu auf die *Kontrolle* wirtschaftlicher Macht, auf Kartellkontrolle, Investitionskontrolle, Wettbewerb durch Unternehmen in öffentlicher Hand, Vollbeschäftigung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft und im Betrieb, Ausbau des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik und eine Ausdehnung des Zugangs zu den Bildungsstätten, wodurch das Bildungsmonopol beseitigt wird. Als allgemeine Planungseinrichtung ist an eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ein Nationalbudget gedacht.

Der Vorrang der Freiheit

Die Besinnung auf die Werte der Freiheit und der Gerechtigkeit hat gewiß einen besonders starken Antrieb erhalten durch die ungeheuerlichen Erfahrungen mit der kommunistischen und faschistischen Welt und ihrer Negierung menschlicher Würde und Freiheit. Immer ist, wie die Gesundheit, auch die Freiheit dann am meisten in ihrem Wert begriffen worden, wenn man sie verloren hatte.

Die kommunistische Welt ist für Sozialisten besonders lehrreich und bedrückend, weil sie unter dem Signum des Sozialismus, ja sogar der *Freiheit* aufgebaut wird. Ihren Anspruch, sozialistisch zu sein, leitet sie ab aus der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel; ihre

Freiheit definiert sie als „Einsicht in die Notwendigkeit“. Diese Notwendigkeit ist die Notwendigkeit der angeblich „der Geschichte immanenten“ Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft. Hüter des Prozesses sind die kommunistischen Gewalthaber, die kommunistischen Parteien. Wer die „Notwendigkeit“, sich einzufügen, nicht „einsieht“, mißbraucht also seine Freiheit, ist ein Verführter oder gar ein Verräter am Sozialismus und wird so behandelt. Er ist nur „frei“ zu gehorchen!

Technische, auch formal kulturelle Errungenschaften sind unter solchem System, wie wir alle erfahren haben, möglich, wie unter anderen Systemen. Freiheit und Gerechtigkeit haben darin schon dem theoretischen Ansatz nach keinen Platz, vom praktischen ganz zu schweigen. Der kommunistische Weg ist also weder philosophisch, noch politisch ein Weg, den Sozialisten mitgehen können — er ist das schlichte Gegenteil von dem, was sie wollen.

Wir sehen in der Geschichte nicht einen vorgeschriebenen Prozeß, dem die Menschen sich einfach einzufügen haben; die Geschichte ist das Werk von Menschen selber. Je mehr Menschen sich zielbewußt und verantwortungsvoll um die Gestaltung der Gesellschaft bemühen, um so mehr wird sie sich diesem Ziel annähern.

Sind die Menschen fähig, diese Aufgabe zu begreifen und ihre Verwirklichung in ihr Wollen aufzunehmen? Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend für alle, die die Gesellschaft bewußt „gestalten“ wollen. Die Vorstellungen über den Menschen, das „rätselhafte Wesen“, haben sich oft gewandelt. Sie sind durch die Psychologie und Anthropologie und einige durchschlagende historische Erfahrungen mehr an die Wirklichkeit herangerückt. Der Mensch ist weder, wie auch Sozialisten lange Zeit glaubten, ursprünglich gut gewesen und nur durch schlechte Behandlung und mangelhaftes Vorbild schlecht geworden. Noch ist er der schlechthin unverbesserliche gesellschaftliche Bösewicht, der immer der politischen Vormundschaft bedarf. Wenn wir generalisierende pessimistische und optimistische Vorurteile über das Wesen des Menschen beiseite lassen, dann zeigt uns die Erfahrung etwa folgendes: der Mensch ist ein Wesen, das *fähig* ist, seine Vernunft zu gebrauchen und den Willen aufzubringen, seinen vernünftigen Einsichten in moralische und rechtliche Verpflichtungen zu folgen. Gleichzeitig steht er in ständiger Auseinandersetzung mit seinen bewußten und unbewußten Trieben, die in ihm, durch die Wirkung des Regulativs seiner vernünftigen Einsicht und seines bewußten Willens, oft das viel beklagte von Freud so genannte „Unbehagen in der Kultur“ hervorrufen, dem er häufig sei-

nen Trieben zuliebe das Behagen in der Unkultur vorzieht. Ich glaube nicht, daß dieses Bild verzeichnet ist. Was können Politiker und Erzieher mit diesem Wesen, und was kann dieses Wesen mit sich selber anfangen? Wer das *bloße* Ausleben der Triebe, das Behagen in der Unkultur, nicht für den Sinn eines würdigen Lebens ansieht, der muß *auch* die Vernunft des Menschen ansprechen, seine Einsicht bilden und seinen Willen stärken, sein Leben in der Gesellschaft und seine Triebe vernünftig einzuordnen. Ist das ein hoffnungsloses Beginnen? Das zu behaupten reichen jedenfalls bisherige *Erfahrungen* nicht aus. Und es muß besonders an dieser Stelle davor gewarnt werden, sich mit dem Hinweis auf Erfahrungen die Argumentation zu *einfach* zu machen. Das gilt für „Pessimisten“ und „Optimisten“, von denen der erstere leichter durch Erfahrung gerechtfertigt zu werden scheint. In Wirklichkeit aber bestätigt die Erfahrung in diesem Fall nur, daß Erziehungsversuche am Menschen unwirksam bleiben *müssen*, wenn sie von dem *Unglauben an die Erziehbarkheit* des Menschen begleitet sind. Und es kommt dann leicht zu jener schon von Kant bitter beklagten „pöbelhaften Berufung auf vorgeblich widerstreitende Erfahrungen“, die nichts weiter beweist, als daß ohne Saat keine Ernte möglich ist. Aber auch der „Optimist“, der von der Erziehung *alles*, ja manchmal Wunder erwartet, bestätigt letztes Endes nur den Pessimisten — weil der vollkommene Mensch in der Tat für alle und für immer eine utopische Vorstellung ist. Eine realistische, vorurteilslose Erziehung innerhalb einer Gesellschaft, deren *Institutionen* die *pädagogischen* Zielsetzungen der Erzieher nicht *ungläubwürdig* machen, die also rechtlich gestaltet und sittlich verantwortbar sind — eine Erziehung unter *solchen* Bedingungen ist bisher kaum in Angriff genommen worden. Auch das ist eine Erfahrung, die für Pädagogen und Politiker gleichermaßen wichtig ist, die sie allerdings nicht zur Unterschätzung der Schwierigkeiten jeder Erziehung verleiten sollte.

Ist der Sozialismus eine Weltanschauung?

Ich habe noch eine Frage zu behandeln, die wenigstens angesprochen werden muß. Es handelt sich darum, ob der Sozialismus unter diesem Aspekt eine Weltanschauung ist. Alles hängt davon ab, was man im Begriff der Weltanschauung denkt. Ich verstehe darunter eine Überzeugung, die in ihrer Geschlossenheit Anfang und Ende des Menschen und der Welt einbezieht. In diesem Sinne ist der Sozialismus nicht eine geschlossene Weltansicht; programmatisch ist er es nie gewesen, obwohl er für viele Sozialisten den Charakter einer Weltanschauung hatte. Der

demokratische Sozialismus verkündet, wie es im Programm heißt, „keine letzten Wahrheiten“. Und zwar tut er dies deshalb nicht, weil er vor den Glaubensentscheidungen der Menschen Achtung hat, über deren Inhalt weder eine politische Partei, noch der Staat zu bestimmen oder mitzubestimmen haben. In dieser Formulierung drückt sich, wie man sieht, nicht etwa eine Indifferenz oder gar Geringschätzung der religiösen Überzeugung aus, sondern die Erkenntnis, daß es sich dabei um Glaubensentscheidungen handelt, die nicht von anderer Seite als dem Gewissen des Einzelnen für diesen verbindlich gemacht werden können. Wenn manche Sozialisten auch heute noch den demokratischen Sozialismus für eine Weltanschauung halten, so deshalb, weil sie damit ausdrücken wollen, daß es sich bei ihm nicht um eine *bloße Interessengruppe* handelt, die bestimmte, aus den Verhältnissen sich ergebende Schwierigkeiten für eine bestimmte Gruppe von Menschen beseitigen wollen, indem sie etwa nur eine bessere Verteilung des Sozialproduktes anstreben. Wesentlich ist dem Sozialisten, und war es schon immer, daß die *Politik*, daß die *Gestaltung des Lebens in Staat und Gesellschaft* von allgemeinen Grundwerten der Moral, der Sittlichkeit und des Rechts getragen sein müßte, wie der Würde des Einzelmenschen, seiner Freiheit und der Gerechtigkeit sowie der Solidarität im mitmenschlichen Zusammenleben. Ohne diese Grundwerte ist eigentlich nicht einmal eine richtige Sachlösung politischer Fragen möglich, weil ohne bestimmte *Zwecke* auch zweckgemäßes Handeln eine sinnlose Forderung wäre. Die sittliche und rechtliche Grundlage ihrer Politik halten viele Menschen schon für eine Weltanschauung.

Und in der Tat ist ja auch die sittliche und rechtliche Grundhaltung eines Menschen Teil einer Weltanschauung. Und hier scheint mir die Stelle zu sein, wo die Träger verschiedener Weltanschauungen und religiöser Überzeugungen zueinander finden können und sollten: wo es sich darum handelt, die aus *ihrer* Weltanschauung und religiösen Überzeugung sich ergebenden *Konsequenzen* zu ziehen für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft nach den Anforderungen der Gleichheit der Würde der Menschen, ihrer Freiheit und der Gerechtigkeit. Die *Verschiedenartigkeit* der geschlossenen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften in unserer pluralistischen Gesellschaft ist eine *Tatsache*, die wir beklagen mögen, die aber nicht in abschbarer Zeit zu beseitigen ist. Über diese *Verschiedenartigkeit* aber sollten wir nicht das Gemein-



same vergessen, die Freiheit der Menschen und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu sichern. Die *Verschiedenartigkeit* religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen sollten wir in wertgebundener *Toleranz* respektieren; die Gemeinsamkeit unserer sittlichen und rechtlichen Grundwerte sollten wir in solidarischem Zusammenleben in ihrer Verwirklichung bekunden.

Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus scheinen mir durch meine bisherigen Ausführungen erläutert und interpretiert zu sein. Die *Grundforderungen* für eine menschenwürdige Gesellschaft, die wir als demokratische Sozialisten aus unserem Bekenntnis zu den Grundwerten ableiten, möchte ich hier kurz andeuten:

Der Krieg wird geächtet. Er ist kein Mittel der Politik, sondern ein Akt der Barbarei. Insbesondere die Technik der Atom- und Raketenwaffen hat ihn zu einem voraussehbaren Selbstmord gemacht, dem kein verantwortlicher Mensch zustimmt. Die Sicherung des Friedens sehen wir in der Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Ausstattung mit einer Exekutivgewalt, die es ihnen erlaubt, jeden Friedensbrecher an seinen Plänen zu hindern. Voraussetzung ist eine allgemeine und kontrollierte und radikale Abrüstung. Verteidigungsmaßnahmen und Rüstungsmaßnahmen, die in einer Zeit nötig sind, bis dieses Endziel erreicht ist, sind nur mehr oder weniger unzulängliche Hilfsmittel. Wie weit sie im Einzelfall notwendig und zweckmäßig sind, ist eine empirische Frage.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß alle Völker gleichberechtigt am Wohlstand der Welt teilnehmen können. Die sogenannten Entwicklungsländer haben damit einen Rechtsanspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Die Staatsform, die der Freiheit und der Menschenwürde am ehesten entspricht, ist die *Demokratie*. Der Sozialist bekennt sich zu ihr nicht nur als einem Weg zu einem Ziel, sondern als einer Ordnung, ohne die eine sozialistische Gesellschaft nicht leben kann.

Im demokratischen Staat muß jede Macht so durchsichtig sein, daß sie sich der öffentlichen Kontrolle nicht entziehen kann. Insbesondere in der Wirtschaft sind hier entscheidende Änderungen nötig.

Ein Monopol im Zugang zur Bildung darf es nicht geben. Ausschlaggebend sind Begabungen und Leistungen.

Die Gefahr der „Vereinfachung“

Ein wesentlicher Grundsatz unseres Programms verlangt die *Vielgestaltigkeit* des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Sie ist nötig, weil die Entwicklung unserer Gesellschaft, ja schon die ungeheure *Vermehrung der Bevölkerung der Erde* es unerlässlich macht, alle Lebensbereiche zunehmend zu organisieren. Der Einwand der Einfachheit, etwa der Versuch, die Wirtschaft, das soziale und das politische Leben möglichst einförmig zu organisieren, macht es *auch* und *gerade* einem Diktator „einfach“, zu diktieren. In der notwendigen Organisiertheit unseres Lebens muß jeder Einzelne die Chance haben, unter mehreren Möglichkeiten wählen, von einem Bereich in andere ausweichen zu können. Es muß bewußt verhindert werden, daß alle Lebensbereiche von einer Stelle aus kontrolliert werden können, wie die Visionen unserer Kulturpessimisten, George Orwells zum Beispiel, es uns ausgemalt haben. Denn die Versuchung und die Bereitschaft zu diktieren, liegt bereits in jedem langfristig planenden Techniker, — die Technokratie ist mehr als ein fernes Gespenst für die Freiheitsliebenden. Robert Jungk berichtet in seinem Buch „Die Zukunft hat schon begonnen“ über ein Gespräch mit einem Flugzeugkonstrukteur. Dieser bricht in die bittere Klage aus, daß, gemessen an den Anforderungen der Technik der Mensch eine Fehlkonstruktion sei. Der Kommunist ist eigentlich der gleichen Meinung; denn sein Einordnungs-Ideal, das den Menschen zum Werkzeug des Geschichtsprozesses macht, verlangt Menschen, die er bisher vergeblich künstlich zu formen versucht hat. Sie sind auch für den Kommunismus eine „Fehlkonstruktion“, — eine Tatsache, für die er nicht seine falsche Einschätzung des Menschen, sondern ihre kapitalistische Vergangenheit verantwortlich macht.

Freilich dürfen wir selber nicht pharisäisch vergessen, was alles in der sogenannten freien Welt wirklich eine Fehlkonstruktion ist — nicht so sehr die Menschen als vielmehr die Art, in der sie miteinander leben: Unsere Konsumgier und Prestigehaltung, die dem Tanz ums goldene Kalb verzweifelt nahekommt; unsere zögernde Haltung gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern und gegenüber den vielen, die auch in unserer freien Welt physisch und seelisch Hunger leiden. Diese Welt der vergötzten Technik, einer hemmungslosen Profitsucht und eines ebenso unheilvollen Machtstrebens wird gestützt durch eine Reklame und Propaganda, die sich eines Mißbrauchs der Wissenschaft von der Tiefenpsychologie bedient, um nicht des Menschen Vernunft ansprechen zu müssen, die für solche Orgien der Selbstsucht nicht ansprechbar ist,

sondern um sich zynisch der unbewußten Wirkung seiner geheimen Triebe und Ängste zu versichern. Kann man die Selbstentfremdung der Menschheit weiter treiben als durch solche Manipulierung?

Die Aufgabe, nicht nur solcher Entartung Herr zu werden, sondern sie zu überwinden durch die Verwirklichung von Recht und Freiheit, die die gleiche Chance für alle öffnet, zu Eigentum und Wohlstand zu kommen und zur Bildung zu gelangen und die erst ein kulturelles Leben für *alle* begründet, steht dem Staat und den gesellschaftlichen Kräften zu, denen über die Sicherung von Recht und Freiheit hinaus die Solidarität mit ihren Mitmenschen und die Nächstenliebe oberstes Gebot sind.

Dieser Staat muß ein demokratischer Staat sein, da ihm seiner Idee nach Recht und Menschenwürde unantastbar sind. Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu einem solchen Staat und den in unserem Grundgesetz verbürgten Grundrechten und -Pflichten. Diese Rechte sollen nicht nur die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat sichern; sie sollen — als jedem zukommende Rechte — den Staat eigentlich gemeinschaftsbildend mitbegründen, ihm dadurch seinen *eigenständigen Wert* verleihend. Träger der eigentlichen Staatsgewalt ist das Volk. Die Regierung ist dem Parlament verantwortlich und damit dem Volk.

Damit das Volk diese Funktion verantwortlich ausüben kann, bedarf es der politischen Bildung und der Erziehung — als der *einzigen* Mittel, es gegen die Manipulierung durch gewissenlose Geschäftemacher in materiellen und politischen Dingen immun zu machen.

Demokratie heißt heute unter anderem: öffentliche Kontrolle der Machthaber in diesem Staat. Das betrifft im wesentlichen die Wirtschaft und die Verbände, aber auch die großen Massenmedien, von denen Rundfunk und Fernsehen halbwegs vernünftig organisiert und kontrolliert sind. Hier gilt es immer, den Mittelweg zwischen Dirigismus und Hemmungslosigkeit zu finden.

Leben, Würde und Gewissen des Einzelnen sind dem Staat vorgegeben. Sie entziehen sich seiner Lenkung. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten, der Staat die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern. Keine sogenannte Staatsraison darf diese Freiheit außer Kraft setzen.

Ein Wort über den Wohlfahrtsstaat. Daß viele dem Einzelnen nicht mehr zumutbare Risiken, wie Krankheitsfälle, Alterssorgen, Unfälle in gemeinsamer Haftung solidarisch getragen werden müssen, ist heute fast allgemein anerkannt. Es ist nicht das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, dem Staatsbürger alle Risiken seines Lebens abzunehmen — was ohnehin eine Utopie wäre, da der Mensch auch dafür eine Fehlkonstruktion ist. Aber die privat nicht zu tragenden Risiken soll er in Gemeinschaft mit anderen übernehmen, er soll Zugang zur Bildung haben und die Gerechtigkeit in der Wirtschaft soll hergestellt werden — womit der Staat die Daseinsvorsorge, nicht Fürsorge, trifft, deren der Einzelne bedarf, um für sich selber und seine Familie in eigenverantwortlicher Selbstbestimmung sein Leben zu führen.

Staat und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer eigenständigen ideellen Werte. Ein Familienlastenausgleich im Steuersystem, Mutterschaftsbeihilfen und Kindergeld sollen die Familie wirksam schützen.

Die Daseinsvorsorge beschränkt den Wohlfahrtsstaat auf das Minimum der gemeinsam zu tragenden Risiken und auf die Freisetzung der gleichen Chancen für die Erlangung von Wohlstand und Bildung. Um so mehr bleibt die Eigenverantwortlichkeit der Einzelnen gewahrt, ohne die der demokratische Staat nicht gedeihen kann.

*

Die Sozialisten und die Arbeiterbewegung haben über Leiden und opfervolle Anstrengungen hinweg, durch ihre Niederlage und ihre Siege die Welt einen guten Teil demokratischer gemacht, das aber heißt, freier und gerechter. Ihre Aufgabe hat sich als schwerer erwiesen als sie zu Beginn aussah, ja wir wissen heute, daß sie endgültig nie gelöst sein wird. Aber sie bleibt uns gestellt, so wie wir den Sozialismus heute sehen, und wie es das Programm sagt, als „eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“.

INHALT

	Seite
Grundsatzprogramm ist kein Wahlprogramm	6
Nicht umwerten, sondern ernstnehmen	7
Der Versuch der Französischen Revolution	8
Der Prozeß der Industrialisierung	9
Freiheit und Gleichheit	10
Diskreditierte Ideale	11
Dogmatisierter Geschichtsverlauf	13
Die Vertauschung von Weg und Ziel	14
Der Vorrang der Freiheit	16
Ist der Sozialismus eine Weltanschauung	18
Die Gefahr der „Vereinfachung“	21